

* KEINE PROPAGANDA AUF KOSTEN VON FLÜCHTLINGEN!

Ansprechpartner für Information und Beratung
zum Thema **FLÜCHTLINGSSITUATION:**

- BAYERISCHER FLÜCHTLINGSRAT Geschäftsstelle München
Augsburgerstraße 13, 80337 München
Tel. 089 - 762 234, Fax 089 - 762 236
- BAYERISCHER FLÜCHTLINGSRAT Büro Nordbayern
Humboldtstr. 132, 90459 Nürnberg
Tel. 0911 - 994 459 46, Fax 0911 - 994 459 48

kontakt@fluechtlingsrat-bayern.de
www.fluechtlingsrat-bayern.de



Regionale Beratungsstellen für Information und Beratung
zum Thema **RECHTSEXTREMISMUS:**

- OBERBAYERN / SCHWABEN:
Tel. 08092 - 210 39, regionalstelle@kjr-ebe.de
- MITTELFRANKEN / UNTERFRANKEN:
Tel. 0911 - 891 41 81 regionalstelle@kjr-nuernberg.de
- OBERFRANKEN / OBERPFALZ:
Tel. 0961 - 930 26 08, regionalstelle@sjr.de
- NIEDERBAYERN:
Tel. 0991 - 383 16 42, regionalstelle@kjr-deggendorf.de
- B.U.D. e.V. - Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt:
Tel. 0151 - 216 531 87, info@bud-bayern.de

**GEMEINT
SIND WIR ALLE**
WENN NAZIS MENSCHEN BELEIDIGEN UND ANGREIFEN.
**HIER IST KEIN PLATZ
FÜR NAZIS UND RASSISMUS!**



V.i.S.d.P.: M. Weinzierl, c/o Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburgstr. 13, 80337 München

FLÜCHTLINGE SIND AN ALLEM SCHULD*

Flüchtlingsswellen strömen nach Deutschland.

Flüchtlinge kommen überwiegend
aus wirtschaftlichen Gründen
nach Deutschland.

Flüchtlinge werden in luxuriösen
Hotels untergebracht.

Flüchtlinge nehmen den
Deutschen
die Arbeitsplätze weg.

Eine Flüchtlingsunterkunft
führt zu steigender Gewalt
und Kriminalität in der Region.

Es kommt durch Flüchtlinge zu
Überfremdung der Gesellschaft.

Flüchtlinge verursachen den
deutschen Steuerzahlern
hohe Kosten.

... mit diesen und ähnlichen Behauptungen schüren Rechts-
populisten, Rechtsextremisten und andere rassistische Gruppen
Stimmung gegen Flüchtlinge um Propaganda für sich und ihre men-
schenverachtende Ideologie zu machen.

FAKT IST: Rund 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, ein Großteil flieht innerhalb der eigenen Landesgrenzen. Hauptaufnahmeländer von Flüchtlingen sind derzeit die Türkei, Pakistan und Libanon. In Deutschland wurden 2015 insgesamt 1 091 894 ankommende Flüchtlinge registriert. Die tatsächliche Zahl der Asylanträge wird aufgrund von Fehl- und Doppelregistrierungen sowie Weiterwanderungen in andere EU-Länder deutlich niedriger sein. Bayern ist entsprechend seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für 15,52 % dieser Flüchtlinge zuständig, das waren 2015 etwa 150 000 Menschen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl lag Deutschland bis September 2015 als Antragsland an vierter Stelle in Europa.

FAKT IST: Krieg und Verfolgung lassen vielen Menschen keine andere Wahl als die Flucht. In Deutschland kamen deshalb im Jahr 2015 zwei Drittel aller registrierten Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten Syrien, Irak und Afghanistan. Selbst unter den Flüchtlingen aus den Balkanstaaten, denen massenhafter Asylmissbrauch vorgeworfen wird, gibt es viele, die gute Fluchtgründe haben: viele von ihnen sind Roma, die massiv diskriminiert werden, körperliche Gewalt erfahren und unter existenzieller Not leiden.

FAKT IST: Bayern ist extrem streng in der Auslegung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Während der Zeit des Asylverfahrens und der Duldung müssen Flüchtlinge monate- und jahrelang in überfüllten und oft heruntergekommenen Sammellagern, ehemaligen Kasernen und Containern leben. Die Zustände dort sind oft belastend: Isolierte Lage, beengte Räumlichkeiten und fehlende Privatsphäre. Zudem erhalten sie nur Sozialleistungen unter Hartz IV-Niveau, die anfänglich nur als Sachleistungen gewährt werden, eine medizinische Notversorgung und haben keinen Anspruch auf einen Sprachkurs.

FAKT IST: Flüchtlinge unterliegen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts einem strikten Arbeitsverbot. Selbst wenn sie anschließend eine Arbeitserlaubnis bekommen, gelten für sie spezielle Einschränkungen, sodass die Wenigsten eine Arbeit oder Ausbildung aufnehmen können. Flüchtlinge aus „sicheren Herkunftsstaaten“ haben ein generelles Arbeits- und Ausbildungsverbot.

FAKT IST: Der Anteil der straffälligen Personen unter den Flüchtlingen ist genauso hoch wie der unter Deutschen. Aber es ist für Flüchtlinge leichter straffällig zu werden, da für sie Sondergesetze bestehen: sie unterliegen für die Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung der Residenzpflicht und dürfen sich legal nur in dem Landkreis oder der kreisfreien Stadt bewegen, in der sie untergebracht sind. Verstöße gegen die Residenzpflicht gelten als Straftaten und können mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden.

FAKT IST: Das ist eine Argumentation, die aus der nationalsozialistischen Ideologie stammt. Sie ignoriert, dass die Geschichte der Menschheit eine Geschichte der Migration ist und auch Deutschland eine jahrhundertelange Migrationsgeschichte hat. Und sie verletzt die Grund- und Menschenrechte eines jedes Einzelnen: Niemand flieht ohne Grund und es ist ein Gebot der Menschlichkeit, Menschen in Not Schutz und Aufnahme zu gewähren.

FAKT IST: Ja, Flüchtlinge zu schützen kostet Geld. Dabei darf nicht vergessen werden, dass das Recht auf Asyl ein Menschenrecht ist und wir somit aus humanitären und völkerrechtlichen Gründen verpflichtet sind, diese Kosten zu tragen. Aber es greift zu kurz, Flüchtlinge nur als finanzielle Belastung zu sehen. Denn viele der hier ankommenden Menschen sind motiviert, qualifiziert und wollen arbeiten, wenn sie denn gelassen werden. Durch die Integration in den Arbeitsmarkt werden sie zu Steuer- und Rentenzahler_innen und zahlen ein Vielfaches dessen zurück, was wir aus Steuermitteln für sie ausgegeben haben.

[Februar 2016]